16. April 2007

Stadtumbau als bauliche und freiräumliche Kulturleistung: Stellungnahme

Berlin, den 16.04.2007. Stadt und Kultur sind untrennbar miteinander verbunden. Die Kultur ist Motor städtischer Entwicklung, umgekehrt sind viele kulturelle Errungenschaften ohne städtische Verdichtung undenkbar. Doch nicht Verdichtung allein prägt Kultur, einen wesentlichen Einfluss auf die Kultur einer Gesellschaft üben auch Architektur und Städtebau aus, die zugleich Zeugen der kulturgeschichtlichen Entwicklung sind.

Das Schicksal der Städte in Deutschland bewegt sich in den letzten Jahrzehnten zwischen Krise und Renaissance. Unter der Überschrift „Wege zur menschlichen Stadt“ forderte der Deutsche Städtetag bereits 1973 „die sozialen und kulturellen Ziele der Stadtpolitik gegenüber einer überwiegenden wirtschaftlichen Motivation“ zu stärken. Auf eine Versöhnung der unterschiedlichen Interessenssphären zielt auch die Charta von Leipzig ab, die im Mai von den für Stadtentwicklung zuständigen Ministern der Europäischen Union verabschiedet werden soll.

Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Kulturrat, den Stadtumbau in Deutschland auf einer qualitativ neuen Stufe zu betreiben. Obwohl bereits seit einigen Jahren in der politischen Diskussion, steht ein wirklicher Stadtumbau in Deutschland noch aus. Ein Stadtumbau, der diesen Namen verdient, erfordert eine bauliche und freiräumliche Kulturleistung, die nur im Zusammenwirken der unterschiedlichen Disziplinen und im Dialog mit der Bürgergesellschaft zu leisten ist. Stadtumbau darf kein Synonym für Wohnungsabriss sein. Stadtumbau setzt nicht weniger als ein neues Leitbild für die Städte der Zukunft, integrierte Planungs- und bürgerorientierte Politikansätze voraus.

Der massenhafte Leerstand von Wohnungen vor allem in Ostdeutschland begründet einen Paradigmenwechsel vom Wachsen zum Schrumpfen. Die Zahl schrumpfender Städte steigt, während auf internationaler Ebene und auch in den Agglomerationsräumen Deutschlands wachsende Städte die urbane Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten prägen werden. Gleichzeitig nehmen die regionalen Unterschiede im Wachsen und Schrumpfen von Städten zu.

Bisher hat der Abriss leer stehender Wohnungen zum Zweck der Marktbereinigung und damit zur Verbesserung der finanziellen Situation der Wohnungswirtschaft den Stadtumbau in Deutschland dominiert. Die Konzentration auf die Beseitigung des Leerstands löst die anstehenden Probleme jedoch nicht: Bereits 2002 gab es in Ostdeutschland offiziell 1,3 Millionen leer stehender Wohnungen, Tendenz steigend. Mit dem Förderprogramm Stadtumbau-Ost können bis 2009 350.000, also ein Viertel der leer stehenden Wohnungen abgerissen werden. Selbst wenn kein neuer Leerstand hinzu käme, stünden dann immer noch über eine Million Wohnungen leer – einmal ganz abgesehen von einer immer schwerer

aufrecht zu erhaltenden technischen und sozialen Infrastruktur.

Der Stadtumbau der Zukunft muss auf neue urbane Perspektiven für die jeweiligen Städte setzen. Dabei dürfen die einzelnen Städte nicht isoliert, sondern müssen stärker als bisher in ihrem regionalen Gefüge betrachtet werden.

Der Stadtumbau wird unsere Vorstellung von Stadt grundlegend ändern: Inwieweit sind das Modell der europäischen Stadt und die Leitvorstellung „Urbanität durch Dichte“ auch in Zukunft tragfähig und müssen wir uns mit perforierten Städten anfreunden? Welchen Wert geben wir dem baulichen Erbe im Umbauprozess? Droht bereits ein Zuviel an Landschaft, nachdem sich viele Stadtbewohner lange Zeit nach mehr Grün gesehnt haben? Wird es einige Wachstumskerne geben und viele Verliererregionen? Diese Diskussion müssen wir offensiv führen.

In der aktuellen Situation erscheinen darüber hinaus folgende Maßnahmen vordringlich:

Integrierte Stadtentwicklungskonzepte voranbringen
Der Stadtumbau ist eine Chance für eine strukturelle Weiterentwicklung der Städte in Deutschland, die künftig Lebensraum für „ältere, buntere, wenigere“ und vermutlich auch „ärmere“ Menschen sein werden.

Um diese Chance optimal zu nutzen, sind integrierte Planungsansätze wichtiger denn je. Stadtplaner und Landschaftsarchitekten, Architekten, Innenarchitekten und Ingenieure, Denkmalpfleger, Kommunen und Wohnungswirtschaft müssen bei der Entwicklung integrierter Konzepte der Stadtentwicklung und Freiraumplanung von Anfang an unter Einbeziehung der Stadtbewohner zusammenwirken.

Insbesondere die Kommunen müssen den Stadtumbau im regionalen Kontext aktiv gestalten und steuern. Sie müssen stärker als bisher bei der Umsetzung des Stadtumbauprogramms und beim Einsatz der Fördermittel eigene Strategien für die Qualifizierung von Stadtstrukturen entwerfen. Voraussetzung hierfür sind integrierte Stadtentwicklungskonzepte, die eine hohe Qualität aufweisen und regelmäßig fortgeschrieben werden und dabei auch historische Entwicklungsvorstellungen einbeziehen, um die Unverwechselbarkeit der Städte zu stärken. Aufgabenstellungen zum Stadtumbau müssen bis zu den Innenräumen öffentlicher Gebäude zielen, um diese Erlebnisräume für das Bild eines Ortes zu nutzen.

Fördermittel gezielt bündeln
Zugleich sind die Förderprogramme nicht einseitig auf städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Maßnahmen zu begrenzen, sondern als ressortübergreifende,

integrierte Förderprogramme aufzulegen. Die sektorale Integration städtebaulicher, sozialer und wirtschaftlicher Fördermittel in Fördergebieten einer Stadt stellt eine wichtige Vorraussetzung für die Regenerierung der Gesamtstadt dar. Förderprogramme sind dabei so zu gestalten, dass sie im Verbund von wirtschaftlicher Entwicklung und städtebaulicher Aufwertung Anreizwirkungen im Sinne einer Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung entfalten.

Wie die Expertengruppe „Städtebaulicher Denkmalschutz“ bereits 2004 gefordert hat, sind das Stadtumbauprogramm und das erfolgreiche Programm “Städtebaulicher Denkmalschutz“, das demnächst auch in den westlichen Bundesländern aufgelegt werden soll, vernetzt zu betreiben, um die Innenstädte zu stärken.

Einseitige Anreize zum Wohnungsabriss stoppen
Eine konkrete Forderung an die Förderpolitik ist ferner die Beendigung einseitiger Anreize für den Wohnungsabriss in Kopplung mit der Altschuldenentlastung. Zu fordern ist eine Gleichstellung der kommunalen Beteiligung bei Abriss und Aufwertung. Während im Stadtumbau-Ost der Abriss derzeit von Bund und Land mit 100 Prozent der Kosten gefördert wird, sind bei Sanierung und Aufwertung von den förderfähigen Kosten, die durchschnittlich 40 Prozent betragen und an denen sich Bund und Land beteiligen, je nach Programm 20 bzw. 33 Prozent durch die Kommunen aufzubringen. Wenn die Länder auch seit 2007 die Möglichkeit haben, in Kommunen mit besonders schwieriger Haushaltslage den kommunalen Anteil auf bis zu 10 Prozent abzusenken, droht weiterhin die die Tendenz zu einem verstärkten und planlosen Abriss von ungenutzten Altbauten und vor allem von Baudenkmälern.

Generell bleibt es wünschenswert, dass beim Förderprogramm Stadtumbau-Ost 50 Prozent des festgelegten Finanzierungsansatzes für Aufwertung eingesetzt werden.
Die Stärkung der Innenstädte und der Schutz des historischen Bestandes müssen Vorrang erhalten. Fördermittel müssen gezielt zum Schutz der Altbausubstanz und zur Vermeidung von Brachflächen in der Stadt eingesetzt werden.

Visionäre Freiraumkonzepte umsetzen
Durch kurzfristige Abrissentscheidungen sind vielerorts bereits schmerzliche Baulücken entstanden, die städtebauliche Einheiten zerstören und als Grünanlagen kaum wahrgenommen werden.

Die Qualifizierung frei werdender Flächen, die nicht als Ödnis das Bild der Städte prägen dürfen, ist eine der größten Herausforderungen für den Stadtumbau. Visionäre Freiraumtypologien sind gefragt, die nicht nur Stadtgestalt und Freiraumnutzung, Naturhaushalt und Nachhaltigkeit, sondern auch die engen finanziellen

Rahmenbedingungen vieler Kommunen beim Unterhalt zusätzlicher Flächen berücksichtigen.

Neu gewonnene Freiflächen sind auch eine Chance für neue gartenkünstlerische Ansätze, die den einzelnen Städte helfen, ihr individuelles gestalterisches Profil zu stärken und ihren Bewohnern zeitgemäße Angebote zur Identifikation zu machen.

Bürgerschaftliches Engagement stärken

Der Stadtumbau wird nur gelingen, wenn alle Akteure vor Ort bereits in die Planung einbezogen werden. Das setzt Dialogbereitschaft und Geduld auf allen Seiten voraus. Profis in Planung und Politik, Wirtschaft und Verwaltung müssen Bürger als gleichberechtigte Partner ernst nehmen.

Die Potenziale der Bürgergesellschaft sind erst in Ansätzen geweckt und bedürfen der Förderung durch aktive Kommunikation und Netzwerkbildung. Dazu gehört auch die Unterstützung von kulturell tätigen Vereinen und Initiativen vor Ort.

Die soziale Entmischung in den innerstädtischen Quartieren muss mit geeigneten Strategien gestoppt werden. Eine handlungsfähige Bürgerschaft gibt es nur mit sozial stabilen Quartieren.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat